

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns, Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, zieht eine Bilanz nach einem Jahr Ideologie-Papier: Das Streitkultur-Papier in der Bewährung.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB warnt davor, den Jahrhundertvertrag juristisch aufs Abstellgleis zu schieben: Der faire Interessenausgleich muß gewährleistet sein.

Seite 3

Rudolf Dreßler MdB plädiert für eine Stärkung der politischen Betriebsarbeit im Organisationsstatut der SPD: In Münster die SPD mehrheitsfähig machen.

Seite 4

Margitta Terborg MdB beleuchtet die Hintergründe der polnischen Finanzmisere und ihrer Folgen: Streiks in Polen - und die allgemeine Hilflosigkeit.

Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB weist auf einen weiteren Schritt zur Verpestung unserer Wohn- und Lebensbereiche hin: Unsinnige Ergebnisse kurzfristiger Verkehrspolitik.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

43. Jahrgang / 160

23. August 1988

### Das Streitkultur-Papier in der Bewährung

Zum 1. Jahrestag der Veröffentlichung des gemeinsamen Dokuments von SPD und SED

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wenn sich vernünftige Kräfte auf etwas Vernünftiges verständigen, ist dies normal. Als die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am 27. August 1987 - also vor einem Jahr - der Öffentlichkeit das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vorstellten, war das vernünftig, wenn auch nicht normal. Denn zu unterschiedlich sind die Beteiligten. Die Unterschiede werden bleiben, und die Auseinandersetzung wird weitergehen, denn die Einigung auf dieses Dokument bedeutet keine ideologische Koexistenz. Damit sollte auch nicht, wie „Der Spiegel“ vor Veröffentlichung des Papiers schrieb, der ideologische Streit zwischen SPD und SED „begraben“ werden. Der ideologische Streit soll nicht begraben werden.

Das Neue an dem Papier ist, daß gesagt wird, worüber und warum gestritten wird. Der Fortschritt des Papiers liegt darin, daß die von beiden für notwendig erachtete ideologische Auseinandersetzung von einer gemeinsamen Basis aus geführt werden soll. Das heißt: Wir leben in einer präzedenzlosen Zeit, denn zum ersten Mal kann die Menschheit sich selbst auslöschen. Sicherheit kann auf Dauer nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander erreicht werden. Das eine System kann also nicht auf Kosten des anderen Systems Sicherheit errüsten. Gemeinsam ist auch der Ansatz, daß das neue Herangehen an die grenzüberschreitenden Probleme nicht mehr aus den vermeintlichen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes definiert werden darf, sondern aus den Erfordernissen unserer Zeit.

Das neue Denken hat dazu geführt, daß die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sich auf dieses - auch international - vielbeachtete Dokument verständigten. Zum neuen Denken gehört, daß gemeinsame Sicherheit nur möglich ist, wenn beide Systeme sich für friedensfähig halten. Der entscheidende Passus im Papier selbst hat sogar einen appellativen Akzent: „Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedens-

Kemalîiler Üzmece  
mit -evvelâta Kurumları  
Resmîyâtiyye



fähig halten." Im gemeinsamen Dokument heißt es auch, daß Konzepte wie die friedliche Koexistenz oder das von der SPD vertretene Konzept der gemeinsamen Sicherheit „theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel“ sei, wenn „sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien und Interessenstrukturen einschließen“. Im Dokument heißt es, daß beide „Gesellschaftssysteme einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit“ zugestehen müßten. Auch dies ist ein wichtiger Punkt im gemeinsamen Papier.

## II.

Es ist ein Fortschritt, daß beide sich darauf verständigt haben, „keine Feindbilder auf(zu)bauen, die Motive der anderen Seite nicht (zu) verdächtigen, deren Überzeugung nicht absichtlich (zu) verzerren und ihre Repräsentanten nicht (zu) diffamieren“. Beide Seiten haben sich darauf verständigt, daß die ideologische Auseinandersetzung so zu führen ist, „daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt, Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite zurückgewiesen werden“. Daraus folgt: Kritik und Einwirkung sind zulässig, massive Einmischung ist dagegen unzulässig, wobei hinzuzufügen ist, daß zwischen zulässiger Einwirkung und unzulässiger Einmischung in der Praxis schwer zu unterscheiden ist. Fest steht jedenfalls: Die kritische Berichterstattung von Journalisten mag gelegentlich unbequem sein, eine unzulässige Einmischung ist sie nicht!

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West geht ebenso weiter wie die zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das gemeinsame Papier von SPD und SED soll dazu dienen, daß diese unvermeidliche Auseinandersetzung in zivilisierten Formen abläuft. Dazu dienen die Grundregeln einer Kultur des politischen Streits im Kapitel 5: „Ausschlaggebend für eine neue Kultur des politischen Streits ist also eine realistische und differenzierte Analyse und Darstellung der anderen Seite statt Propagierung pauschaler Feindbilder und der Weckung von Bedrohungsängsten.“ Es geht also darum, daß die beiden deutschen Staaten ihren Beitrag für kooperative Ansätze bei der Bildung einer europäischen Friedensordnung leisten.

## III.

Ein Jahr ist für eine aussagefähige Wirkungsanalyse zu kurz. Festzustellen ist, daß Verabredetes noch nicht Wirklichkeit ist. Dies gilt insbesondere für die operativen Elemente des gemeinsamen Dokuments. Die wechselseitige Prüfung von Publikationen beispielsweise würde sicher ergeben, daß man von einer realistischen und differenzierten Analyse und Darstellung der anderen Seite weit entfernt ist. Publikationen der jeweils anderen Seite wären mit Hilfe folgender Fragen zu prüfen: Werden Feindbilder und Bedrohungsvorstellungen aufgebaut beziehungsweise stabilisiert? Werden die Motive der anderen Seite angemessen dargestellt? Werden die Überzeugungen der anderen Seite absichtlich verzerrt? Und nicht zuletzt: Werden die Repräsentanten der anderen Seite diffamiert?

## IV.

Im gemeinsamen Dokument geht es um Friedensfähigkeit, Reformfähigkeit und Existenzberechtigung. Ein Stichwort ist nicht ausdrücklich aufgenommen, ist aber für den weiteren Prozeß von eminenter Bedeutung: die Lernfähigkeit beider Seiten im Umgang miteinander, denn wer miteinander zu leben hat und gut miteinander auskommen will, muß sich vom Geist und auch vom Wortlaut des Dokuments leiten lassen. Denn das Dokument ist die Antwort von Vernünftigen auf Fragen unserer Zeit: Wie, auf welcher Grundlage und mit welchen Themen soll der Wettbewerb zwischen dem sogenannten real existierenden Sozialismus und westlichen Demokratien geführt werden?

(-/23.8.1988/vo-he/st)

\* \* \*

Der faire Interessenausgleich muß gewährleistet sein

.....  
 Französischer Atomstrom darf nicht die deutsche Kohle verdrängen

Von Horst Niggemeier MdB

Die öffentliche Diskussion - hinter den Kulissen wird schon seit längerer Zeit darüber gemauschelt - über den „Jahrhundertvertrag“ genannten Kohleverstromungsvertrag zwischen Steinkohlenbergbau und Elektrizitätswirtschaft nimmt inzwischen groteske Formen an. Nachdem dieser Vertrag seit elf Jahren funktioniert und seine stabilisierende Wirkung für die deutsche Steinkohle offenkundig ist, dringen aus den Amtsstuben in Bonn, Paris und Brüssel Gerüchte und Gedanken, die darauf abzielen, den „Jahrhundertvertrag“ in die Ecke der juristischen Fragwürdigkeit zu stellen.

Jetzt haben sich auch Stimmen aus dem Berliner Bundeskartellamt in diesen Chor der Kritiker des Jahrhundertvertrags eingereiht. Schöner und erträglicher wird der „Chorgesang“ dadurch nicht, sondern klingt mehr und mehr wie ein Abgesang auf die deutsche Kohle.

So wird das Bundeskartellamt in einem bekannten Nachrichten-Magazin mit dem Hinweis zitiert, daß es „einen Energieengpaß wie damals nicht mehr gäbe“ - gemeint ist die Zeit vor elf Jahren, als der Vertrag über die Kohleverstromung („Jahrhundertvertrag“) zwischen Steinkohlenbergbau und Elektrizitätswirtschaft unter Beteiligung der Bundesregierung abgeschlossen wurde.

Die Berliner Kartellamt-Propheten sind um ihre Fähigkeiten zum Blick in die Zukunft zu beneiden. Weniger zu beneiden wäre die deutsche Volkswirtschaft, die im Falle einer Fehlprognose des Bundeskartellamtes mit den ökonomischen Folgen fertig werden müßte. Denn: Die Nichtverlängerung des Jahrhundertvertrages würde die Kohleverstromung auf einen Rest von nicht mehr nennenswerter Größe reduzieren und damit den deutschen Steinkohlenbergbau bis zur Bedeutungslosigkeit ruinieren.

Daß mit einer solchen Entwicklung die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Revieren Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbüren total zusammenbrechen werden, ist eine Erkenntnis, die selbst Kohle-Kritiker nicht mehr ernsthaft bestreiten.

Doch es ist noch mehr besorgniserregend, wie naiv das Kohleproblem auf die Frage eines möglichen Energieengpasses reduziert wird. Es geht doch bei der deutschen Kohle nicht nur um die Vermeidung von Versorgungsengpässen, sondern mehr noch geht es darum, im Industriestaat Bundesrepublik Deutschland ein Stück unabhängiger Versorgungssicherheit durch die jederzeit verfügbare heimische Kohle zu erreichen.

Wer die Rolle der deutschen Steinkohle nur als Lückenbüßer begreift, hat die Geschichte der Energiekrisen verschlafen. Der internationale Energiemarkt richtet sich weder nach den Bedürfnissen eines Industriestaates und noch weniger nach den prophetischen Vermutungen des Bundeskartellamtes, wonach es keine Energieengpässe mehr geben würde. Die beiden Ökrisen in den siebziger Jahren haben bewiesen, wie sozusagen über Nacht das Preisgefüge und die Versorgungssicherheit auf dem Energiemarkt durcheinandergeraten können. Davon hat sich die Weltwirtschaft bis heute noch nicht erholt.

Wenn jetzt über Frankreich die Brüsseler EG-Kommission nach Verbotsmöglichkeiten für den Jahrhundertvertrag sucht, um den Weg für französischen Kernkraftstrom in die Bundesrepublik freizumachen, dann sollten die Alarmsirenen in Bonn laut schrillen.

Da wird es schon erheblicher Anstrengungen der deutschen Politik bedürfen, um dieses Bühnenstück zu verhindern, denn der Sinn des europäischen Einigungsprozesses kann nicht darin bestehen, die deutsche Kohle auf dem Altar der französischen Energiepolitik als Opfer darzubringen. Von fairem Interessenausgleich kann da nicht mehr die Rede sein.

Das Bundeskartellamt wäre deshalb gut beraten, seine Positionen noch einmal aus energiepolitischer Sicht und unter Berücksichtigung unserer nationalen Notwendigkeiten zu überprüfen. Darauf haben nicht nur die Bergleute einen Anspruch, sondern die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

(-/23.8.1988/va-he/st)

**In Münster die SPD mehrheitsfähig machen****Politische Betriebsarbeit - praxisbetont und öffentlichkeitswirksam****Von Rudolf Dreßler MdB****Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)**

Im Vorfeld des Parteitagess relativ wenig beachtet, wird sich die SPD in Münster mit einem Vorschlag der AfA beschäftigen, der für die Zukunft der Sozialdemokratie fortschrittliche Weichen stellt. Ein Antrag des SPD-Parteivorstandes fordert die Verankerung der politischen Betriebsarbeit im Organisationsstatut. Wichtigstes Instrument bilden Betriebsgruppenkonferenzen mit Delegations-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht zu den SPD-Unterbezirksparteitagen.

Denn trotz umfangreicher Beschlüsse auf früheren Parteitagen kommen die in der politischen Betriebsarbeit Aktiven innerparteilich vielfach über eine Gastrolle nicht hinaus. Ohne wirkliche politische Mitspracherechte, unterstützt von nur wenigen hauptamtlichen Sekretären und einer minimalen finanziellen Ausstattung, wird die Betriebsarbeit von der SPD kaum gefördert. Entdeckt werden diese Mitglieder vorzugsweise vor Wahlen, wenn die Partei Unterstützung sucht.

Die SPD verspielt damit im wichtigsten Bereich dieser Gesellschaft ein Multiplikatorenpotential, das sie sonst nirgends auch nur annähernd aufweisen kann. Über 100.000 Betriebs- und Personalräte sind Mitglieder der SPD. Im Bereich der Arbeitswelt werden die Weichen für das gesellschaftliche Meinungsklima gestellt. Hier entscheidet sich die Regierungskompetenz der Parteien. Hier kann die SPD die auch wahlentscheidende wirtschaftspolitische Kompetenzzuweisung der Bürgerlichen brechen.

Auch bei der nächsten Wahl werden die Stimmen der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen den Ausschlag geben. Ihre Probleme und Bedürfnisse muß die SPD in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, wenn sie Wahlen gewinnen will. Dazu muß die Rolle der Arbeitnehmer in der Politik gestärkt werden.

Nur so kann die SPD entscheidende Stimmen zulegen und wieder mehrheitsfähig werden. Nur damit erhält die SPD eine eigene unverwechselbare Identität als moderne Partei: mit den Arbeitnehmern als Kern einer großen linken Volkspartei. Die Umwandlung in eine bürgerliche Partei mit liberal-sozialem Einschlag bedeutet ein Abrutschen unter 37 Prozent Wähleranteil. Als Kopie der Demokratischen Partei der USA wäre die SPD beliebig austauschbar und ein Spielball des politischen Geschehens.

Um mehrheitsfähig zu werden, muß die SPD auch ihre Organisationsstruktur verbessern. Die SPD-Wohnortorganisation entspricht den fünfziger Jahren. Seitdem haben der strukturelle Wandel, der Konzentrationsprozeß der Wirtschaft zusammen mit der gewachsenen Mobilität Wohnen und Arbeiten räumlich getrennt. Soziales Wohnumfeld und Freizeitverhalten haben sich geändert. Der Aktionsradius der Mitglieder und der Wähler reicht weit über das Gebiet des „zuständigen“ SPD-Ortsvereins hinaus. Wirkungsvoll in die Kommunikation der Wähler einschalten und zusätzliche Vertrauensarbeit leisten kann die SPD nur noch am Arbeitsplatz. Dort kommen mehr als 22 Millionen Arbeitnehmer täglich mit vielen Menschen zusammen, reden, diskutieren, bilden sich eine Meinung und tragen sie weiter. Hier muß die SPD sich einklinken, um ihre Politik zu vermitteln.

Der AfA-Vorschlag stärkt die SPD-Organisation auch in dieser Hinsicht. Mehr als die sonstige Parteiarbeit ist politische Betriebsarbeit praxisbetont und öffentlichkeitswirksam. Auf der anderen Seite führt sie den dort vorhandenen Sachverstand der Partei zu. Die aktiven Kolleginnen und Kollegen können ihre Erfahrungen einbringen und werden am Willensbildungsprozeß der Partei beteiligt. Wer das will, darf sie nicht mit Lippenbekenntnissen abspesen oder ihnen eine Gastrolle zuweisen.

Der AfA-Vorschlag bietet damit für die SPD eine Chance mit einem eigenen politischen Profil, der notwendigen sozialen Basis und einer organisatorischen Stärkung einen wichtigen Schritt in Richtung Mehrheitsfähigkeit zu tun.

Die SPD muß das aber auch wollen - und in Münster beschließen.

(-/23.8.1988/vo-he/st)

### Streiks in Polen - und die allgemeine Hilflosigkeit

#### Im Würgegriff des westlichen Bankensystems

Von Margitta Terborg MdB

Streiks in Polen - wer hätte da nicht Verständnis und Sympathie für eine Arbeiterschaft, die sich mit dem einzigen ihr verfügbaren Mittel der Arbeitsverweigerung gegen die Zumutung der Obrigkeit und die ausweglos erscheinende wirtschaftliche Lage zur Wehr setzt? Da ist (fast) alles berechtigt. Die Regierung versucht - wie übrigens in allen anderen Staaten der Welt auch - schwärende Wirtschaftsprobleme durch einen tiefen Schnitt in das Fleisch der kleinen Leute zu heilen. Daß die sich wehren, ist mehr als verständlich. Da fordern die polnischen Arbeitnehmer, daß ihnen die einzige Vertretung, zu der sie noch Zutrauen haben - die verbotene Gewerkschaft Solidarnosc - wiedergegeben wird. Wer könnte dagegen sein? Da kämpfen Zehntausende gegen eine staatliche Übermacht. Wo wäre denn anders unsere Sympathie als bei den Streikenden?

Doch warum bleibt den meisten von uns nur die Beschwörungsformel, das Regime und die Regierten möchten einen Weg des Interessenausgleichs finden? Wird der schwache Stoßseufzer - ausgelutscht wie jede Beschwörungsformel - wiederholt: noch ist Polen nicht verloren?

Darum: weil unser westliches Bankensystem Polen in eine nicht mehr beherrschbare Situation gebracht hat, Polen ist mit Hilfe westlicher Kredite über Jahre hinweg in eine Scheinblüte getrieben worden. Und dann, als die freigebig akzeptierten Wechsel platzten, zu einem Kurs getrieben worden, der nur in immerwährenden wirtschaftlichen Katastrophen enden kann. Das wiederholt sich nun schon Jahr für Jahr. Von Schuldenverhandlung zu Schuldenverhandlung. Und das Volk leidet, ist gepeinigt, rebelliert. Wer kann sich darüber eigentlich noch wundern?

Darum: Solidarnosc selbst weiß, daß es im Grunde kein Rezept gegen den Würgegriff, der aus der Finanzmisere resultiert, gibt. Und ist froh, damit nicht belastet zu sein. Das mag so nicht in allen Köpfen Gestalt angenommen haben - in einigen schon. Bei den Wortführern und ihren Beratern aus der katholischen Kirche bestimmt.

Darum auch: ein neuer Windhauch weht durch das östliche Imperium. Glasnost, Perestrojka sind bei der östlichen Vormacht angesagt. Wer kann es den Polen verdenken, daß sie dies auch für sich reklamieren? Nur - wer kann den Polen garantieren, daß dies jetzt schon für sie gilt? Wir haben es mit einem bekannten Phänomen zu tun: Wer ein Stück Freiheit zuläßt, kann nicht mehr bestimmen, wer wieviel sich davon nimmt. An der Peripherie nimmt man sich erfahrungsgemäß mehr - und holt sich eine Abfuhr.

Und darum: im Riesenreich Sowjetunion ist ein atemberaubender Umschwung im Gang, sind selbst im Mutterland des Kommunismus, Hoffnungen geweckt worden, die nach Befriedigung verlangen. Das Regime kann, darf sie bei Strafe seiner Existenz, nicht alle erfüllen. An den Rändern des Machtbereichs schon gar nicht.

Noch ist Polen nicht verloren. Noch regiert Jaruzelski. Länger dazu genötigt, als er es selbst sich verordnet hat. Noch ist der sowjetische Generalsekretär nicht einem Flugzeugabsturz zum Opfer gefallen. Noch leben all in einer Welt der Hoffnungen. Und wissen eigentlich nicht so recht, auf was sie da hoffen.

(-/23.8.1988/va-he/st)

**Unsinnige Ergebnisse kurzsichtiger Verkehrspolitik**

---

**Europäische Seeschiff-Transporte werden auf das Straßennetz umgelenkt**

**Von Klaus Daubertshäuser MdB**

**Mitglied des SPD-Vorstandes und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Gütertransporte per Schiff zwischen den Küstenregionen in Europa dürfen in ihrer Attraktivität nicht willkürlich verschlechtert werden. Seetransporte sind kostengünstig und umweltschonend. Trotzdem gehen viele dieser Transporte heute auf den LKW. Der europäische Straßengüterverkehr erhält immer günstigere Rahmenbedingungen:

- Er beansprucht das europäische Straßennetz weitgehend kostenlos. Beispielsweise nutzt er die bundesdeutschen Straßen zum Nulltarif. Er zahlt bei uns keine Kraftfahrzeugsteuer und keine Mineralölsteuer.
- Die Transportgeschwindigkeiten wachsen. Die LKW fahren immer schneller entsprechend dem verbesserten Straßenausbau.
- Er verläßt und begast unsere Wohn- und Lebensbereiche. Für die hierdurch entstehenden Kosten und für die von ihm verursachten Verkehrsunfallkosten muß fast vollständig die Allgemeinheit aufkommen.

Mit diesen künstlichen und massiven Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des LKW können Seeschiffe immer weniger konkurrieren. Die Schiffstransporte über die europäischen Küstenmeere gehen deshalb zurück.

Wir brauchen mehr Marktwirtschaft im Verkehr. Nötig sind faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Auch die Bundesregierung muß antreten, damit die nicht gerechtfertigten Begünstigungen des europäischen Straßengüterverkehrs zügig abgebaut und durch ein zukunftsgerechtes System von Verkehrsverbänden auch im Güterverkehr abgelöst werden.

Die Sozialdemokraten haben hierfür ihre Vorschläge unterbreitet. Der Güteraustausch in Europa darf nicht künstlich und unnötig durch unsere Wohn- und Lebensbereiche gelenkt werden.

(-/23.8.1988/vo-he/st)